Nr. 261 XXVII. Jahrgang

Donnerstag, 25. September 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2080. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 76 mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Platzvorschrift M. 3.—, für Orden- oder Kunstlisten 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach beigelegter Skala. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % Sondernachlaß. Grundgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annoncenstellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserer Tarifskala an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.85, „ „ 5.55
Postbezug im Ausland lt. Einzelangabe in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande M. 1.50.
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Französische Anerkennung von Birkenfeld

Eine Kommission von Vertretern des ehemaligen Fürstentums Birkenfeld war dieser Tage nach Mainz gefahren, um mit dem Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen, General Mangin, über die Regelung der Verhältnisse in Birkenfeld zu beraten. Ob die deutsche Protestnote nach Paris, von der wir gestern berichteten, erst nach Kenntnis der Entscheidung des Generals Mangin abgegangen ist, läßt sich im Augenblick nicht mit Bestimmtheit sagen. Jedenfalls hat General Mangin die Anerkennung der „Republik Birkenfeld" nicht ohne die Zustimmung der Alliierten ausgesprochen, wie die folgende Meldung zeigt:

* **Köln, 24. September. Wie die „Köln. Volksztg." meldet, hat die Regierung der „Republik Birkenfeld" folgende Bekanntmachung erlassen: „Bei den Besprechungen der Kommission in Mainz hat General Mangin die beiden Ansichten unparteiisch angehört und nach Rücksprache mit den Alliierten folgende Entscheidung gefällt: 1. Die Republik Birkenfeld wird von ihrer Entstehung an anerkannt. Sie unterstellt sich dem Oberpräsidenten der Rheinlande, als Vermittler für die besetzten Gebiete, bis zur Lösung der Anschlußfrage. Den Befehlen dieser Regierung ist unbedingt Folge zu leisten. 2. Eine oldenburgische Regierung gibt es in Birkenfeld nicht mehr; ihre Befehle sind daher wirkungslos. 3. § 18, in Verbindung mit § 07 (? Die Redaktion) der Reichsverfassung, findet für die Republik Birkenfeld keine Anwendung, da die Republik bereits vor Inkrafttreten der Reichsverfassung bestand. Weiter wird mitgeteilt, daß das Deutsche Reich allen seinen Verpflichtungen der Republik Birkenfeld gegenüber auf Zahlung von Pensionen und Renten nach wie vor nachkommen muß."**

§ 18 der Reichsverfassung bestimmt u. a., daß die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches durch verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen soll. Ein einfaches Reichsgesetz genügt, wenn die Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird, und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt. Zum Beschluß der Neubildung sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit, der Wahlberechtigten erforderlich. — Alle diese Bestimmungen treffen für die Neubildung der „Republik Birkenfeld" nicht zu. Weil die französische Behörde — es so will. Ein gesetzmäßiger Zustand ist mit der Entscheidung des Generals Mangin jedenfalls nicht geschaffen. Die Reichsregierung wird sich also gegen diese Willkür energisch zu wehren haben.

*

Das Militärregiment im besetzten Gebiet

✱ **Mannheim**, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Aus Speyer wird gemeldet: Der französische Militärbefehlshaber hat angeordnet, daß alle Ernennungen von Zivilbeamten im besetzten Gebiete in Zukunft der Bestätigung durch die französische Armeebehörde unterliegen. Auch die Kontrolle der Versammlungen im besetzten Gebiete wurde der französischen Militärverwaltung übertragen.

Die Besetzung Oberschlesiens

* **Berlin**, 24. September. Der „Temps" schreibt: Der Oberste Rat hat die Frage einer interalliierten militärischen Besetzung Danzigs und Oberschlesiens geprüft. Es seien zwei Möglichkeiten besprochen worden, nach denen für Danzig eine solche durch englische Truppen und für Oberschlesien durch französische in Betracht käme. Die Gegner dieser Auffassung verfechten den Grundsatz, daß es besser sei, den Besetzungen überall interalliierten Charakter zu geben.

Aus Beuthen meldet das Wolff-Bureau: Wie der „Katholik" aus Warschau erfährt, erklärte in der letzten Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des polnischen Landtages der stellvertretende Minister des Aeußern Skrzynski, daß nach zuverlässigen vorliegenden Meldungen die Besetzung Oberschlesiens durch Ententetruppen noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Frankreich und Italien erfolgen werde, und zwar bereits Anfang Oktober.

*

Der Handel zwischen Deutschland und England

* **Haag**, 24. September. Aus London wird gemeldet: In amtlichen Kreisen ist über den angeblichen Vorschlag zur Gründung einer Kontrollstelle unter britischer Leitung in Berlin, die der Regelung des Handels zwischen Deutschland und England dienen sollte, nichts bekannt. „Daily Chronicle" hat diese begründete Information beim Vorsitzenden der britischen Handelskammer in England eingeholt, die darauf hinausgeht, daß auch diesem von der Angelegenheit nichts bekannt sei. „Daily News" lenken die Aufmerksamkeit auf die Erklärungen dieses Handelskammerpräsidenten über die wirtschaftliche Unmöglichkeit, England mit deutschen Erzeugnissen zu überschwemmen. Das Blatt stellt deshalb die Frage, weshalb denn eine so komplizierte Regelung notwendig sei. „Daily Chronicle" meint dazu, daß der Handel zwischen Deutschland und England solange nicht auf dem gewöhnlichen Wege vor sich gehen könnte, als nicht die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen worden seien.

*

Die diplomatischen Beziehungen zu England

✱ **Berlin**, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus London gemeldet wird, schreibt „Westminster Gazette" daß der englische Ministerrat in seiner Sitzung am Freitag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zugestimmt habe.

Zur Auslieferung des Kaisers

✱ **Rotterdam**, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus dem Haag gemeldet wird, hatte der französische Gesandte am Montag eine längere Besprechung im Ministerium des Aeußern. Die holländischen Blätter geben nunmehr zu, daß die Auslieferungsfrage Wilhelms II. in ihr Entscheidungsstadium getreten sei.

*

Der Friede mit China

Das Wolff-Bureau meldet: Ein Erlaß des Präsidenten von China vom 16. d. M. hat die Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland angekündigt.

*

Forderungen der Sieger

✱ **Zürich**, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer „Secolo"-Meldung beträgt die Gesamtforderung Italiens nach Wiedergutmachung 115 Milliarden Lire. Dem gleichen Blatt zufolge fordert Montenegro 13 und Serbien 105 Milliarden von den früheren Mittelmächten.

*

Ein Protest der Tiroler

* **Innsbruck**, 24. September. Der Tiroler Landtag nahm einstimmig einen gemeinsamen Antrag aller Parteien an, der besagt:

„Der verfassunggebende Landtag von Tirol erblickt im Friedensvertrag, der mit den Wilsonschen Punkten im krassesten Widerspruch steht, eine unerhörte Vergewaltigung des deutschen Landes Tirol, das gegen den klar ausgesprochenen Willen der Gesamtheit der Bevölkerung auseinandergerissen wird. Der Landtag bekundet vor Gott und der Welt, daß er nicht ruhen wird, bis sich der Norden und der Süden des Landes wieder vereinigt haben werden. Er verwahrt sich gegen den Versuch, durch papierne Paragraphen die Zusammenfassung aller deutschen Stämme Mitteleuropas vereiteln zu wollen und betrachtet das Verbot des Anschlusses als Angriff auf die Freiheit Tirols."

*

Friedensverhandlungen mit Ungarn

✱ **Wien**, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Die „Reichspost" meldet aus Budapest, daß die Entente mit dem Ministerium Friedrich Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen aufgenommen habe. — Bis Sonnabend sind 7200 Opfer der Räudiktatur festgestellt worden.

*

Zur Verbesserung des Völkerbundes

× **Amsterdam**, 23. September. „Telegraaf" meldet aus dem Haag, daß im Laufe des kommenden Monats in Brüssel eine Konferenz zur Beratung über erwünschte Verbesserungen der Völkerbundssatzungen stattfinden wird, an der sich die Völkerbundsorganisationen der alliierten und neutralen Länder beteiligen werden.

Vorbereitung zur internationalen Konferenz

× **Amsterdam**, 23. September. „Daily Mail" erhielt von ihrem Berichterstatter für Arbeiterfragen über die in Washington abzuhaltende Konferenz die Mitteilung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten an alle alliierten und neutralen Länder Einladungen verschickt habe und daß möglicherweise (!) auch aus Deutschland und Oesterreich Vertreter zugelassen werden würden. Da diese beiden Länder noch nicht dem Völkerbunde angehörten, ständen sie auch nicht auf der Liste der Einladungen. Ihren Vertretern werde aber für die Reise nach Washington, wo die Konferenz selbst über die Frage ihrer Zulassung entscheiden werde, kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Wie Barnes sagte, ist es der schwächste Punkt der Konferenz, daß sie nicht befugt ist, den verschiedenen Ländern die Durchführung der Beschlüsse zur Pflicht zu machen. Bei den Verhandlungen in Paris traten die französischen, italienischen und belgischen Delegierten für dieses Recht der Konferenz ein. Aber die andern Delegierten waren dagegen, weil sie fürchteten, daß ihre Länder dies als Beeinträchtigung der Souveränität auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung betrachten würden.

Rückkehr aus der Gefangenschaft

Die amerikanische Regierung hat, wie das Wolff-Bureau meldet, die sofortige Heimschaffung aller in den Vereinigten Staaten befindlichen deutschen Kriegsgefangenen befohlen. Die Beförderung erfolgt am 25. d. M. auf dem amerikanischen Truppentransportdampfer „Pocahontas", der von New-York nach Rotterdam fährt. Mit dem gleichen Dampfer werden etwa 72 deutsche Internierte heimgeschafft, sowie Frauen und Familien einzelner Kriegsgefangener und Internierter, ferner etwa 20 auf Ehrenwort aus der Internierung Entlassene und etwa 35 Deutsche, denen die Einwanderung versagt worden war.

+ **Münster i. W.**, 24. September. (Priv.-Tel.) In rascher Folge sind in den letzten Tagen zwei Transporte von 4000 aus englischen Gefangenenlagern heimkehrenden Gefangenen aus Nordfrankreich in den hiesigen Heimkehrlagern eingetroffen. Die Zurückgekehrten sehen durchweg gesund und frisch aus. Während sie sich über die Behandlung der Engländer, besonders in der letzten Zeit, lobend äußerten, führten sie ernste Klage gegen die belgischen Soldaten. In vielen Fällen, in denen englische Bewachungsmannschaften den deutschen Gefangenen freundlich entgegenkamen, traten die belgischen Soldaten dagegen herrisch auf, so daß es aus diesem Grunde schon zu Tätlichkeiten zwischen englischen und belgischen Soldaten gekommen sein soll. Die beiden angekommenen Transporte wurden unterwegs durch Belgier mit Steinen bombardiert. Etwa drei Viertel der Zurückgekehrten wurden bei ihrer Gefangennahme, oder kurze Zeit nachher, durch englische, französische, belgische Soldaten, vereinzelt auch von Offizieren, dem Kriegsrecht zuwider ihrer sämtlichen Wertsachen, wie Uhren, Ringe, Geldbörsen usw., beraubt. Sanitätspersonal, das der Genfer Konvention gemäß zu Arbeiten, die aus dem Rahmen sanitärer Hilfeleistung herausfallen, nicht verwandt werden durften, wurden dessenungeachtet zu den schwersten Arbeiten herangezogen.

Ein Konflikt mit der Regierung?

+ **Berlin**, 24. September. (Priv.-Tel.) Heute früh ist der Ausschuß der Nationalversammlung zur Beratung der Umsatzsteuer im Reichstagsgebäude zusammengetreten. Gleich zu Beginn stellte ein sozialdemokratischer Redner den Antrag, die Beratung der Umsatzsteuervorlage auszusetzen, da seine Parteifreunde die Vorlage nicht mehr beraten wollen, bis die eingebrachte direkte Steuer erledigt sei. Reichsfinanzminister Erzberger erklärte den Antrag namens der Regierung mit allen Konsequenzen für unannehmbar. Es setzte hierauf eine hochpolitische Debatte über den sozialdemokratischen Antrag ein, die bei Schluß des Blattes noch nicht beendet ist. Sollte der Antrag der Sozialdemokraten angenommen werden, so wäre ein Konflikt mit der Regierung gegeben.

Terroristische Pläne der Kommunisten

+ **Berlin**, 24. September. (Priv.-Tel.) Im Haushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung teilte Ministerpräsident Hirsch in einer Erwiderung auf Ausführungen eines Unabhängigen mit: Die sächsische Regierung hat bei einem Agitator des Spartakus-Bundes, der ins Ausland reisen wollte, eine Instruktion vorgefunden. „An alle Vertrauensmänner", in der es u. a. heißt: Alle Gruppen Deutschlands, Oesterreichs und der Tschecho-Slowakei gründen in ihren Gruppen eine streng geheime politische Organisationsgruppe. Zweck dieser politischen Gruppe ist die Registrierung aller politischen Machtfaktoren, die einer kommunistischen Bewegung ein Hindernis bilden. Durch diese angelegten Namensverzeichnisse ist es ermöglicht, genau unsre Feinde aufs strengste zu überwachen, bei einem Aufstande dingfest zu machen und abzuurteilen. Sollte von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs und der Tschecho-Slowakei der Plan einer Beseitigung einer unliebsamen politischen Person für gut befunden werden, so erhält jene politische Gruppe den Auftrag zur Ausführung, wo die betreffende Person ihren ständigen Wohnsitz hat. Eine eigenmächtige Handlung ohne Auftrag der Zentrale darf von den Gruppen nicht ausgeführt werden, es sei denn, daß Verräter sofort zu bestrafen seien. In diesem Falle ist der Gruppe überlassen, den richtigen Weg einzuschlagen. Welcher Genosse die Tat auszuführen hat, entscheidet das Los. Derselbe ist verpflichtet, innerhalb 24 Stunden den Plan auszuführen, wenn er nicht selbst dasselbe Schicksal erleiden will. Verweigerung gibt es keine. „Das sind die Leute", so fuhr der Ministerpräsident fort, „die von der äußersten Linken und von der U. S. P. stets in Schutz genommen werden."

*

Zu den Enthüllungen über die Pläne der Kommunisten führten, wie weiter bekannt wird, zwei geheime kommunistische Schriftstücke. Zunächst handelt es sich um ein offizielles Schreiben des Spartakusbundes (das Schriftstück ist mit einem neueren Datum, mit Stempel und Unterschrift versehen) an die Kommunisten in der Tschecho-Slowakei. Diesen wird hierin mitgeteilt, daß an sie bald der Ruf zum Handeln ergehen wird. In Berlin, Hamburg und Bremen finden zur Zeit geheime Zusammenkünfte bedeutender Kommunistenführer statt. Es wird dann festgestellt, daß der Gewaltfrieden den Kommunisten viele Anhänger gebracht habe und nun die Zeit sei, die Regierung der Noske und Ebert durch einen anzulegenden Putsch hinwegzufegen. Dieser Tag soll auch der Befreiungstag des tschecho-slowakischen Volkes sein. Die Hauptsache sei jedoch, daß man in Böhmen mit der politischen Organisation fertig sei. Dann findet sich folgende markante Stelle: „Bereits sind von unsrer Seite schon Urteile erfolgt und zum Teil auch schon vollzogen worden." Woran dann eine Mahnung zu größter Vorsicht geschlossen wird.

Was es mit der obenerwähnten politischen Organisation auf sich hat, ersieht man aus einem zweiten Schriftstück, das man wohl als das Aktionsprogramm der Kommunisten bezeichnen kann. Dieses ist an alle Vertrauensmänner gerichtet und enthält die Anweisung, daß überall eine besondere Gruppe zu gründen sei, in der Weise und zu den Zwecken, wie es der preußische Minister mitteilte. Mißliebige sollen „abgeurteilt" und beseitigt werden!

Eine kommunistische Bewegung der Polen

* **Berlin**, 24. September. Wie der „Vorwärts" von gutunterrichteter Seite über Helsingfors aus Lodz erfährt, nimmt die kommunistische Bewegung innerhalb der Reihen der polnischen Arbeiter in Kongreßpolen von Tag zu Tag zu. Ungeheure Arbeitslosigkeit in den industriezentren Kongreßpolens, dazu die von Tag zu Tag größer werdende Lebensmittelnot, nicht zuletzt aber die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung treiben die demoralisierten und politisch entrechteten polnischen Arbeitermassen mit Macht dem kommunistischen Agitator in die Arme. Die polnischen Führer der Kommunistenbewegung sind erst vor kurzem aus dem Leninschen Rußland zurückgekehrt. Trotz aller Verhaftungen und der Androhung der Bestrafung ist der Bewegung kaum Halt zu gebieten. Es wird bestimmt damit gerechnet, daß im November die Arbeiten der Agitatoren in organisierten Putschen ihre Auswirkung finden wird.

Der Kampf um Teschen

Von unserm ld-Mitarbeiter

Wien, 20. September

Zwischen Tschechen und Polen ist ein heißer Kampf um „Teschen" entbrannt, um das Mährisch-Ostrauer und das ostschlesische Kohlengebiet. Der Pariser Konferenz fiel es schwer, in dieser Sache zu entscheiden. Tschechen und Polen — sie werden beide von der Entente als „Sieger" betrachtet, obgleich sie ebenso „Besiegte" sind wie Deutsche und Magyaren. Aber sie gehören nun einmal, wenn auch ihre Staaten erst jetzt neu geschaffen wurden, zu den „alliierten und assoziierten Mächten", und den Streit unter ihnen auf gütlichem Wege zu schlichten, ist der Konferenz nicht gelungen. Also wurde die Volksabstimmung über Teschen verfügt, eine Entscheidung, die man in Prag geradezu als diplomatisch-politische Niederlage empfindet und darum dagegen heftig sich auflehnt und in öffentlichen Kundgebungen protestiert, während man in Warschau die Sache wohl kühler entgegennimmt, aber keineswegs davon befriedigt ist. Denn mit Sicherheit kann kein Teil auf den Ausgang der Abstimmung rechnen.

Zwar haben die Tschechen im mährischen, die Polen im schlesischen Gebiet durch militärische Besatzung die sogenannte öffentliche Meinung nachdrücklichst auf ihre Seite zu bringen gesucht, allein die Siedelungsverhältnisse sind im ganzen Ostrau-Karwiner Gebiet derartig gemischt, daß in keinem Teile Tschechen oder Polen allein den Ausschlag geben. Es wohnen nämlich auch Deutsche, verhältnismäßig viel Deutsche sogar, dort, die vielleicht den Ausschlag geben werden. Man kennt nur die amtlichen Ziffern der Volkszählung vom Jahre 1910. Damals gab es im Bezirke Mährisch-Ostrau 12 844 Polen, 52 271 Tschechen und 43 225 Deutsche, in Ostschlesien aber 233 850 Polen, 115 597 Tschechen und 76 923 Deutsche. Alle diese drei Volksstämme wohnen kunterbunt durcheinander und darum haben die Deutschen von allem Anfange an die Neutralisierung des strittigen Gebiets vorgeschlagen, damit durch dessen einseitige Zuteilung durch die Konferenz oder durch das Ergebnis der Volksabstimmung nicht Haß- und Rachegefühle bei dem unterliegenden Volksstamme wachgerufen würden. Allein die Neutralisierung wurde in Paris nicht beliebt, und so werden sich denn Teschen und Polen bei der Abstimmung messen, und, wie immer die Deutschen sich entscheiden, der unterliegende Teil wird ihnen die Schuld an der Niederlage zuschreiben.

Die Neutralisierung hätte sich auch mit Rücksicht auf die große wirtschaftliche Bedeutung des strittigen Gebietes empfohlen, weil dadurch den Streiks der tschechischen, beziehungsweise polnischen Bergarbeiter, die schon jetzt aus politischen Gründen abwechselnd ausbrechen, der Anlaß entzogen worden wäre. Die ausreichende Förderung im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier ist jedoch sehr wichtig, nicht nur für die Alimentierung der deutsch-böhmischen Industrie, sondern auch für die Belieferung von Deutsch-Oesterreich, insbesondere von Wien. Keinesfalls dürfte die Volksabstimmung unter dem Drucke der tschechischen, beziehungsweise polnischen Besatzungen vor sich gehen, sondern sie müßte unter dem Schutze von Ententetruppen sich vollziehen.

Vertagung der Kohlenkommission für Oesterreich

* **Wien**, 24. September. Auch der heutige Tag hat keine Entspannung der Kohlenkrise gebracht. Die Zufuhren sind nach wie vor unzulänglich und reichen vorläufig gerade aus, um die Versorgung der industriellen und gewerblichen Betriebe und des Gaswerkes aufrechtzuerhalten. Ueber die Verhandlungen der Kohlenkommission in Ostrau wird mitgeteilt, daß sie keinerlei Machtmittel besitzt, um die Regierungen in Prag und Warschau zu sofortiger Hilfeleistung bestimmen zu können. Die gestrigen Sitzungen der Kohlenkommission beschäftigten sich mit der Kohlenverteilungsfrage. Es wurden Grundzüge festgesetzt. Die Kohlenreviere Karwin, Ostrau, Dombrowka und Kattowitz sollen bei der Kohlenverteilung einheitliche Gebiete bilden, deren monatliche Durchschnittsproduktion der Verteilung als Grundlage dienen soll. Deutschland hat wegen des Reviers von Kattowitz erklärt, daß es diesem Plane nicht zustimmen könne, da es an die Friedensbedingungen gebunden sei, und auch Polen und die Tschecho-Slowakei wollen für ihre Reviere das Verfügungsrecht nicht uneingeschränkt anerkennen, so daß die Kohlenkommission sich auf acht Tage vertagen mußte.

*

Eine Besserung in Aussicht

* **Wien**, 24. September. Wie der „Neuen Freien Presse" mitgeteilt wird, sind bei einigen Wiener Ententemissionen die Meldungen eingelaufen, daß größere Transporte von Kohlen aus der Tschecho-Slowakei bereits im Anrollen sind und in kürzester Zeit in Wien einlaufen werden. Es sollen auch bindende Zusagen für die Erhaltung des nunmehr ratifizierten Kohlenvertrages Oesterreichs mit dem tschecho-slowakischen Staat gemacht worden sein. Man glaubt, daß der Höhepunkt der Wiener Kohlenkatastrophe überschritten sei und daß schon in der nächsten Zeit größere Kohlenlieferungen erfolgen werden, die, wie zu erwarten ist, den Bestimmungen des Abkommens gemäß, regelmäßig bleiben werden. Damit wäre die größte Gefahr vermieden.

*

Italien verhandelt wegen Kohlen

T. **Prag**, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Die italienische Regierung hat sich durch Vermittlung ihres Prager Gesandten an die tschecho-slowakische Republik wegen Kohlenlieferungen gewendet. Dieser Tage fand nun eine Konferenz statt, an der die Bergbaudelegierten, Vertreter der